

Der Rote Hahn

FRANKFURTER INFORMATIONSBLETT DER PARTEI DIE LINKE.

AUSGABE 08.2009

SPENDENBEITRAG AB 50 CENT

Randnotizen

Am 28.10.2009 trafen wir uns gegen 17.30 Uhr in Potsdam. Wir, das waren die Mitglieder des Landesvorstandes und des Landesausschusses. Alleiniger Tagesordnungspunkt war der zu beschließende Koalitionsvertrag für die künftige Landesregierung. Nach einer kurzen Einführung von Kerstin Kaiser wurde jeder einzelne Abschnitt von dem jeweiligen Verantwortlichen unserer Verhandlungsgruppe (7 „Unterhändler“ insgesamt) vorgestellt. Ich bekam eine ungefähre Ahnung, welche immense Arbeit von dieser Gruppe in den letzten Wochen geleistet wurde! Viele Themen wurden angefasst, vieles durch unsere Genossen in den Vertrag erst eingebunden, viele Kompromisse geschlossen. Schon die Präambel liest sich an manchen Stellen nur mit Stirnrunzeln. Auf einen konkreten Mindestlohn konnte man sich nicht einigen, der Öffentliche Beschäftigungskorridor wird nur 8000 Beschäftigte haben ...

Jedoch konnte eine Grundversicherung für Alg II – Kinder festgeschrieben werden, der Einstellungskorridor für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst (Lehrer, Polizisten) wurde eröffnet und erweitert, das heißt, der Stellenabbau gestoppt u.v.a.m.

Natürlich ist dieser Vertrag mit Risiken behaftet. Trotzdem bietet er eine gute Basis für eine Weiterentwicklung unseres Landes, mit vielen klugen Ideen zum Umsetzen unserer Vorstellungen. Der Vertrag stellt einen tragbaren Kompromiss, ein gesellschaftliches Experiment für Brandenburg dar. Er geht uns alle an. Lasst ihn uns mit Leben erfüllen.

Christiana Rothe



Gemeinsinn und Erneuerung

Der Koalitionsvertrag ist unterschrieben. Wir veröffentlichen die Präambel des Vertrages. Daran muss sich die neue Koalition messen lassen.

Fast zwei Jahrzehnte nach der Wiedergründung unseres Landes gehen SPD und DIE LINKE in Brandenburg erstmals eine Koalition ein. Wir bilden eine gemeinsame Regierung, damit unser Land erfolgreich auf dem bisher Erreichten aufbauen, die gegenwärtige Wirtschaftskrise meistern und seinen Weg in eine gute Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger fortsetzen kann.

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben über Jahrzehnte viel Kraft, Engagement und Arbeit in die Entwicklung ihrer Heimat gesteckt. Alle demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Unter-

nehmer, Vereine, Initiativen und Verbände, Kirchen und ehrenamtlich Engagierte haben sich dabei verdient gemacht. SPD und DIE LINKE handeln aus der Vielfalt der Brandenburger Gesellschaft heraus. Wir übernehmen Verantwortung für das ganze Land und sind offen für gute Ideen, woher sie auch kommen. Mit unserer gesamten politischen Herangehensweise möchten wir dazu beitragen, unser Land zusammenzuführen. Wir wollen wirtschaftliche Entwicklung und bessere Lebenschancen ermöglichen, weder Menschen noch Regionen zurücklassen und die Beziehungen besonders zu unseren polnischen Nachbarn weiter verbessern.

Vor zwei Jahrzehnten nahmen die Bürgerinnen und Bürger der DDR mit der friedlichen Revolution ihre Geschicke in die eigenen Hände. Sie erkämpften Freiheit, Demokratie und weiter auf Seite 3

Weitere Themen

Aktuelle Informationen auch im Internet unter www.dielinke-ffo.de

Koalitionsvertrag etc.
Seite 1 bis 5

Basisleben
Seite 8

Sozialistische Grüße
Seite 12



Editorial

Coming Out, einer der letzten DEFA-Filme, wurde am 9. November 1989 im Kino International uraufgeführt. Mittendrin wurde die Vorstellung durch die Information, die Mauer sei gefallen, unterbrochen. Schnöde Antwort des Publikums: Film weiterspielen. So viel Ungerührtheit – fast verdächtig. Die sucht man 20 Jahre später vermeintlich vergeblich.

Wer am Montag die Fernseher eingeschaltet hat, dem blieb nur eines übrig: Grenzlose, ungetrübte Freude. Ja, man drängt den Deutschen Emotionen als Massenware auf. Sektklaune, die in ihrer Überschwänglichkeit geradezu rücksichtslos ist. Charlotte Knobloch kritisiert, die aufgebrühte Extase würde das Gedenken an die Reichspogromnacht überlagern. Man könnte den Eindruck gewinnen, da solle etwas niedergefeiert werden. Heute gilt der 9. November als Anfang vom Ende der DDR. Dass sich da Hoffnungen auf demokratische Reformen in einem sozialistischen Land auf das Folgejahr kaprizierten, geht unter im großen Reigen und wird übertönt durch die Arbeitsgeräusche einer sich selbst feiernden Partygesellschaft. Interessanter wird es in einem Jahr. Dann wird sich zeigen, ob propagierter Pluralismus auch in der Geschichtsschreibung und -deutung herrscht. Dabei herrscht Pluralismus natürlich nicht, außer wenn demokratische Vielstimmigkeit konträre Auffassungen ausklammert. Dass Menschen an etwas anderes geglaubt haben als es die politisch entscheidungsfähigen Entscheider wollten, ist ein Fakt, dessen Würdigung oder Ausblendung als Gradmesser für die Souveränität der Geschichtsaufarbeitung im Hier und Jetzt gelten darf. Warum soll an Misstöne im Chor der Glückseligen erinnert werden? Wozu? Die Antwort ist ganz einfach. Sie liegt in der Überzeugung, gesellschaftlicher Dialog – auch zwischen den Generationen – sei für eine lebendige Demokratie existenziell. Welches Kind versteht seine Eltern, wenn sie nicht ganz vorbehaltlos Plácido Domingos Berliner Luft am Brandenburger Tor mitsummen? Wann kommen wir über den Punkt hinaus, an dem SPD-Wahlkämpfer den Wunsch nach einer gemeinsamen Verfassung im Wahlkampf instrumentalisieren uns alsbald wie eine heiße Kartoffel fallen lassen? Nein, da hakt es mit der Offenheit der Deutungshoheiten. Ein Gegengewicht aber wäre wünschenswert – auch als Lehre aus unseren Vergangenen. **Thomas Feske**

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir in aller Herzlichkeit:

Termine

12./19./26.11.09, 10 Uhr
GKV
Kreisgeschäftsstelle

13.11.2009, 13.30 Uhr
Eröffnung des Bürgerbüros
von Kerstin Meier und
Helmut Scholz
Bürgerbüro, Gr. Scharnstraße

18.11.2009, 17.00 Uhr
Kreisvorstand
Kreisgeschäftsstelle

28.11.2009, 9.00 Uhr
Gesamtmitgliederversam.
Carl-Friedrich-Gauß-Gym.

Weitere Informationen unter:
www.dielinke-ffo.de

Manfred Klose	am 01.11.	zum 79.
Dieter Sonnabend	am 01.11.	zum 77.
Gerhard Vorwerk	am 03.11.	zum 90.
Erika Klatt-Marquardt	am 04.11.	zum 84.
Lothar Meyer	am 04.11.	zum 79.
Fritz Schäfer	am 05.11.	zum 77.
Alfred Wolff	am 05.11.	zum 75.
Magarete Kluger	am 06.11.	zum 80.
Maria Salomon	am 08.11.	zum 85.
Ingeborg Wassiljewski	am 11.11.	zum 78.
Klaus Semerau	am 12.11.	zum 72.
Jutta Wirtz	am 12.11.	zum 83.
Thomas Hoffmann	am 13.11.	zum 75.
Heinz Burkert	am 15.11.	zum 78.
Rosemarie Matting	am 16.11.	zum 72.
Elfriede Bader	am 17.11.	zum 86.
Manfred Reischuck	am 17.11.	zum 77.
Gerhard Ferdinand	am 18.11.	zum 87.
Gertrud Henschke	am 18.11.	zum 88.
Heinz Adolph	am 20.11.	zum 80.
Erika Müller	am 21.11.	zum 77.
Edith Wolf	am 21.11.	zum 82.
Gerhard Kayser	am 24.11.	zum 80.
Erika Hannemann	am 25.11.	zum 85.
Rolf Hecht	am 25.11.	zum 74.
Ursula Waldorf	am 25.11.	zum 85.
Günter Wirtz	am 26.11.	zum 77.
Ursula Junker	am 27.11.	zum 78.
Horst Podolski	am 27.11.	zum 77.
Manfred Zander	am 27.11.	zum 81.
Walter Jäckel	am 28.11.	zum 84.
Irmhild Hohmuth	am 30.11.	zum 88.
Hannelore Rohrbach	am 30.11.	zum 72.



weiter von Seite 1

Pluralismus, die soziale Marktwirtschaft und den Rechtsstaat. Sie haben seither ein Gemeinwesen aufgebaut, das sich den Menschenrechten in ihrer ganzen Vielfalt verpflichtet sieht, individuelle Freiheit und sozialen Ausgleich miteinander vereinen will. Die ostdeutsche Friedensbewegung und die ostdeutschen Bürgerbewegungen sowie die Arbeit der 1989 wiedergegründeten, zuvor von der SED seit 1946 unterdrückten und verfolgten Sozialdemokratie haben zur positiven Entwicklung unseres Landes entscheidend beigetragen. Und erst die Volksbewegung des Herbstes 1989 in der DDR machte es möglich, dass aus der SED heraus der Aufbruch zu einer demokratischen Partei im pluralistischen Wettstreit mit anderen Parteien erfolgen konnte. Eine Verklärung der SED-Diktatur wird es mit dieser Koalition nicht geben. Der offene und kritische Umgang mit früheren Fehlern ist ebenso notwendig wie die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Unrecht in Missachtung von Freiheit und Demokratie. Wir werden die Lehren der Geschichte umfassend beherzigen und weitergeben. Unser Respekt und unsere Zuwendung gelten den Opfern der Diktatur, das Andenken an erlittene Repressalien werden wir wach halten.

Brandenburg und seine neue Regierung stehen zu den Werten der freiheitlichen Gesellschaft, des Gemeinsinns und der sozialen Verantwortung. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, während der die neue Regierung ihr Amt antritt, ist ein Beleg dafür, was geschieht, wenn diese Werte und ihre Wechselwirkungen missachtet werden. Sie zeigt, dass der moderne Sozialstaat eine zivilisatorische Errungenschaft ist, die verteidigt und – gerade deshalb – immer wieder erneuert werden muss. Die Koalition und die neue Regierung werden dazu ihren Beitrag leisten.

Der Zusammenbruch der DDR hat das Wiedererstehen des Landes Brandenburg ermöglicht. Zugleich bedeutete die Hinterlassenschaft der ökonomisch und ökologisch verschlissenen DDR für unser Land eine schwere Hypothek. Beim Neuaufbau des Lan-

des gelang es nicht, allen Menschen eine Zukunftsperspektive zu ermöglichen. Brandenburg hat in verschiedenen Regierungskonstellationen gelernt, dass es seinen spezifischen Weg finden und gehen muss. Der im Land betriebene Kurs der Erneuerung aus eigener Kraft ist richtig und soll energisch weitergeführt werden. Wir werden diese Aufgabe gemeinsam angehen und dabei unsere verschiedenen Erfahrungen und Ideen zur Geltung bringen.

Unser politischer Auftrag umfasst weit mehr als nur die Linderung vorhandener Nöte und Sorgen. Wir bekennen uns zu einer nachsorgenden Sozialpolitik, wo immer sie notwendig ist – aber unser Blick richtet sich darauf, diese durch eine vorsorgende Gesellschaftspolitik zunehmend überflüssig zu machen. Moderne Sozialstaatlichkeit bedeutet immer stärker soziale Vorsorge und Investition in die Fähigkeiten aller Menschen; sie zielt – ganz im Geist des Jahres 1989 – auf die soziale, ökonomische, kulturelle und politische Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger, auf das solidarische Miteinander freier Menschen. Struktureller Wandel soll nicht nur möglichst erträglich gestaltet, sondern zum Anknüpfungspunkt für neue Aufstiegschancen gemacht werden.

Das gilt für alle Generationen – aber es beginnt bei den Jüngsten. Deshalb legt die neue Landesregierung den höchsten Wert auf Bildung. Im Zeitalter des Wissens hängt die Zukunft unseres Gemeinwesens von nichts anderem so sehr ab wie von den Fä-

higkeiten und Kenntnissen seiner Menschen. Gute Bildung darf deshalb so wenig wie irgend möglich von sozialer oder regionaler Herkunft abhängen. Wir wollen Chancengleichheit für alle. Deswegen investieren wir in die Bildung – von der Kita über unsere Schulen bis zu den Hochschulen. Studiengebühren wird es mit unserer Koalition nicht geben. Gute Bildung aber erfordert – wie moderne, vorsorgende Sozialstaatlichkeit überhaupt – mehr als nur Geld. Wir schlagen den Weg zu verstärkter individueller Förderung und zu längerem gemeinsamen Lernen ein. Die frühe Aussonderung von Kindern ist ungerecht, verbaut Entwicklungschancen und ist daher auch aus ökonomischer Perspektive widersinnig. Kinder gehören zusammen, und jedes kann von jedem anderen lernen – denn lernen ist viel mehr als büffeln. Soziale Verantwortung, Offenheit, Teamgeist, Kreativität und Entwicklung – das alles entsteht nur in einer Atmosphäre des Miteinanders.

Mit Armut werden wir uns nicht abfinden. Das beste Mittel gegen Armut sind Arbeitsplätze, von denen Frauen und Männer vernünftig leben und ihren Kindern einen guten Start ins Leben ermöglichen können. Brandenburg will kein Billiglohnland sein, sondern ein Land der guten Arbeit. Gute Arbeit schafft mehr als Kaufkraft und sichert mehr als nur den unmittelbaren Lebensunterhalt –



Helmut Markov
stellvertretender Ministerpräsident

weiter von Seite 3

sie ist auch Basis für Selbstverwirklichung und gesellschaftliche Teilhabe. Wir setzen uns für einen bundesweiten Existenz sichernden gesetzlichen Mindestlohn ein. In Brandenburg wird die Vergabe öffentlicher Aufträge an soziale Standards und die Bezahlung wenigstens auf Mindestlohnniveau gebunden. Langzeitarbeitslosen werden wir mit Hilfe neu geschaffener öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse eine berufliche Perspektive ermöglichen.

Was verteilt werden soll, muss zuvor erarbeitet und erwirtschaftet werden. Vor uns liegen Jahre mit angespannter Haushaltslage. Die Konsolidierung der Brandenburger Landesfinanzen, bei der in der vergangenen Wahlperiode bemerkenswerte Ergebnisse erzielt wurden, ist mit der weltweiten Wirtschaftskrise schwerer geworden. Zugleich laufen die Sonderzuweisungen des Bundes zur Bewältigung der Folgen der deutschen Teilung aus. An der weiteren Haushaltskonsolidierung führt deshalb kein Weg vorbei. Das vorhandene Geld soll vordringlich für besonders zukunftswirksame Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Innovationen genutzt werden.

Die Wertschöpfung in Brandenburg werden wir stärken und streben eine dynamische, zunehmend ökologisch ausgerichtete Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsstruktur an. Das ist ein Versprechen an die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die gemeinsam mit ihren Beschäftigten die Wirtschaft unseres Landes prägen. Es ist zugleich ein Versprechen an alle, die in Brandenburg eine Existenz gründen oder investieren wollen. Brandenburg ist eine Wirtschaftsregion auf industrieller Grundlage und soll auch in Zukunft ein Industrieland bleiben – gestützt auf traditionelle wie auf moderne Branchen, auf gut ausgebildete, erfahrene, motivierte und innovative Beschäftigte, die anständig bezahlt werden. Starke Gewerkschaften und kompetente Betriebsräte sind unverzichtbare Faktoren der Kraft unseres Landes.

Wir kämpfen für ein tolerantes Brandenburg. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus treten wir entschieden entgegen. Diktaturverherrlichung hat in unserem Gemeinwesen keinen Platz. Lebendige Demokratie und gelebte Freiheit, eine tatkräftige Regierung und ein handlungsfähiger Staat, engagierte Bürgerinnen und Bürger, starke Kommunen sowie eine solidarische Gesellschaft des Miteinander in einem weltoffenen Land und in guter Nachbarschaft – das alles gehört zusammen. So wird Brandenburg eine gute Perspektive für alle bieten.



Hier ist DIE LINKE!

Interessenvertretung

Vier Wochen sind seit den Wahlen zum Bundestag und zu unserem Landtag vergangen. Matthias Platzeck hat den Schritt gewagt, in einer Koalition mit der Partei DIE LINKE die nächsten Jahre in Brandenburg alles zum Wohle unserer Menschen zu tun, was in seinen Kräften steht. Für seinen Mut hat er nicht zuletzt auch meine Anerkennung. Kaum war jedoch das letzte seiner Worte zu seinem Entschluss gesprochen, begannen die Hasstiraden.

Umso mehr war ich enttäuscht von der Ausgabe Nr. 44 der „Super-Illu“, als mir die Zeile „Verräter oder Versöhnler?“ ins Auge fiel. Vor allem Frau Wanka hat das Wort vom „Verrat an der friedlichen Revolution“ geprägt. Bisher hatte ich sie stets als eine kluge und überlegt handelnde Frau empfunden. Doch es spricht Frust und Trotz aus ihren Worten, da ihr Traum vom Weiterregieren geplatzt ist. Ich möchte ihr nicht unterstellen, dass vielleicht auch ein nunmehr geringeres Gehalt eine kleine Rolle spielt?

Doch weiter im Text. Wo nimmt z.B. ein Herr Hubertus Knabe seine Weisheit her, dass die Partei DIE LINKE vor allem aus ehemaligen Stasi-Mitarbeitern bestehe und sich deshalb selbst für eine Regierungsarbeit disqualifiziere. Diese Hasstiraden richten sich vor allem gegen solche Abgeordneten wie Kerstin Kaiser oder Thomas Nord. Zu DDR-Zeiten waren sie jun-

ge Menschen und sind manchen Versprechen erlegen. Kerstin Kaiser sagt heute: „Was ich falsch gemacht habe, wird mich mein Leben lang beschäftigen und quälen.“ Diese reuevollen Worte nehme ich ihr ab, hat sie sich doch bereits in den 90er Jahren zu ihrem Fehler bekannt. Und was ist mit den zahlreichen jungen Mitgliedern unserer Partei, die in den 80er Jahren noch in den Windeln gelegen haben bzw. Schulkinder waren? Zählt die Herr Knabe auch zu den Stasi-Spitzeln? Ich denke dabei an die junge Riege der LINKEN, die hier in unserer Stadt das Heft in der Hand hält und meine Achtung genießt.

Letztendlich sollte man nicht vergessen, dass die Menschen in Brandenburg nun mal der LINKEN bei der Wahl mehr Stimmen als der CDU gegeben haben in der Hoffnung, dass ihre Interessen dadurch besser vertreten werden. Und wenn Herr Platzeck am Schluss seines Interviews sagt: „Wir als Brandenburger SPD sind in der Koalition mit der CDU nicht rechter geworden, wir werden in den nächsten Jahren in der Koalition mit der Linkspartei nicht linker werden, sondern uns weiter in der Mitte der brandenburgischen Gesellschaft bewegen.“, glaube ich ihm das und wünsche ihm eine erfolgreiche Arbeit gemeinsam mit der LINKEN.

Ingeborg Senst
B0 06 Süd

Regierungsbeteiligung

Grund zum Jubeln oder Anlass für skeptische Besorgnis?

Persönliches Fazit nach einer Mitgliederversammlung der B0 28

Wir haben uns sehr gefreut, dass wir Axel Henschke als Gast begrüßen konnten – unseren mit traumhaftem Ergebnis direkt gewählten Abgeordneten des Landtages. Er hat uns mit seiner Sicht auf die politische Situation nach dem 27. September vertraut gemacht: sehr nachdenklich, keineswegs euphorisch, nüchtern und sachlich. Uns hat es das sehr gut gefallen.

Natürlich war auch bei uns die Freude über das Wahlergebnis der Partei „DIE LINKE“ im Bund, im Land und auch speziell in Frankfurt (Oder) groß: Ergebnis mühsamer Kleinarbeit ebenso wie gradliniger, ehrlicher und überzeugender Politik. Wir sind uns auch darüber im Klaren, dass der hohe Wählerzuspruch zugleich eine große Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit bedeutet. Wenn der Eindruck erweckt wird, die Linke verhalte sich wie andere Parteien, wenn es an die Umsetzung der Wahlaussagen geht, dann könnten die Wähler aus auch scharenweise wieder davonlaufen.

Die Linke steht im Wort, wenn es um mehr soziale Gerechtigkeit, um transparente Politik, um nachhaltige Entwicklung des Landes etc. geht. Dessen müssen wir uns immer bewusst sein. Damit komme ich zum aktuellen Thema der möglichen Bildung einer Koalitionsregierung zusammen mit der SPD. Ich halte es für zu einfach, sich bedingungslos für oder gegen eine derartige Konstellation auszusprechen. Was sollte allerdings, bevor man Ja sagt zu diesem Bündnis, beachtet werden?

Selbstverständlich verlangen Koalitionsverhandlungen – sollten sie erfolgreich enden – Kompromissbereitschaft. Aber die muss auf beiden Seiten erkennbar sein; und Bereitschaft zum Kompromiss setzt zugleich voraus, dass man Haltungen und Positionen nicht aufgeben darf, die substanziell für die eigene Glaubwürdigkeit sind. So halte ich es für sehr verständlich, wenn die bis dato an die Öffentlichkeit gedruckten Informationen (oder gezielte Falschinformationen) über CO₂-Verpressung und Braunkohle-Verstromung für Skepsis gesorgt haben.

Zusammenarbeit in einer künftigen Regierung setzt gegenseitiges Vertrauen voraus. Jedoch Vertrauen muss wachsen – darf nicht verwechselt werden mit blinder Vertrauensseligkeit, gegründet auf einer fernsehgerechten Charme-Offensive des künftigen Partners. Wir haben die SPD und ihr Verhalten zur Linken in der Bundespolitik, im Saarland und in Thüringen studieren können. Da ist es nicht weit hergeholt, wenn man vermutet, dass auch das Koalitionsangebot in Brandenburg – in einer ziemlich desorientierten SPD-Teil einer Strategie ist, die ungeliebte linke Konkurrenz zurecht zu stützen. Wie z.B. hätte der SPD-Landesvorsitzende sich entschieden, wenn die Linke – wie bei der gleichzeitigen Bundestagswahl – auch bei der Landtagswahl vor der SPD gelandet wäre? So wie jetzt? Oder eher doch wie Herr Matschie in Thüringen? Während



ich dieses Fazit meiner Überlegungen nach unserer Mitgliederversammlung jetzt – in den letzten Oktobertagen – zu Papier bringe, sieht alles danach aus, dass es zu einer Koalitionsvereinbarung kommt.

Niemand möge von einer Landesregierung, an der die Partei DIE LINKE beteiligt ist, irgendwelche Wunder erwarten. Selbst bei gutem Willen sprechen dagegen die eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten von Landespolitik angesichts der ökonomischen Machtverhältnisse und der gerade sich abzeichnenden bundespolitischen Rahmenbedingungen.

Jedoch müssen die Bürger des Landes Brandenburg erwarten dürfen, dass linke Grundpositionen nicht der Macht-Teilhabe geopfert werden; dass die linke Politik transparent und für jeden nachvollziehbar bleibt; dass DIE LINKE die Interessen der Benachteiligten in dieser Gesellschaft, der „kleinen Leute“, nachhaltig vertritt und dass DIE LINKE Ansprechpartner für Bürgerinitiativen und außerparlamentarischen Bewegung bleibt. In diesem Sinne plädiere ich dafür, dem bevorstehenden Experiment Erfolg zu wünschen!

Ernst Au
25. Oktober 2009

BILDUNG

Seit mehreren Jahren lese ich den „Roten Hahn“ und finde viele Artikel sehr informativ und interessant. Ich bin parteilos, habe bei Kommunalwahlen in Frankfurt (Oder) für die Linke kandidiert, und sehe ihre Politik als Alternative zu der der etablierten „Volksparteien“.

Ich freue mich, dass die Brandenburger SPD endlich den Wählerwillen der Brandenburger respektiert und sowohl ein normaler Umgang als auch eine Landesregierung mit der Partei DIE LINKE möglich wird. Seit 1991 bin ich in der Erwachsenenqualifizierung und auch in der überbetrieblichen Ausbildung tätig. Seit sieben Jahren arbeite ich auch mit sozial benachteiligten und lernbeeinträchtigten Jugendlichen, von denen sehr viele negative Lernerfahrungen mitbringen. Vor allem diese jungen Menschen haben wenig Chancen für eine Integration in den Arbeitsmarkt und somit die Möglichkeit, sich eine lebenswerte Zukunft aufzubauen. Viele sind schon durch ihr Elternhaus auf Hartz IV festgelegt.

Nach den Ergebnissen der Bundestagswahl bin ich erstmals froh, dass die Bildungspolitik eine Landesaufgabe ist. Und ich begrüße die Vorhaben der sich bildenden Regierungskoalition des Landes Brandenburg zur Bildungspolitik, die in der „Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition“ festgelegt sind. So halte ich es für wichtig, dass bereits im Vorschulalter angesetzt wird und der Personalschlüssel in den Kitas verbessert werden soll. Für ebenso bedeutend halte ich die Entscheidung, neue Lehrer und Lehrerinnen einzustellen. Ich hoffe, dass es sich dabei tatsächlich um zusätzliche Einstellungen handelt und nicht vorrangig zu pensionierende Lehrkräfte ersetzt werden. Ich wünsche diesen Menschen viel Kraft und Enthusiasmus. Sie haben eine verantwortungsvolle Aufgabe. Die Kinder und Jugendlichen müssen mit Spaß lernen. Nur so wird ihnen das Interesse am lebenslangen Lernen erhalten bleiben, ohne das in der heutigen Zeit niemand mehr auskommt.

Brigitte Lindner

Weitere Wortmeldungen sind gewollt

In der letzten Zeit wurde ich mehrmals von Mitgliedern unserer Partei gefragt, ob nach dem erschienenen Miniaturbuch unseres Kreisverbandes „Wir über uns“, der Aufruf des Kreisvorstandes „Greift zur Feder, Genossen!“ noch gilt. Auch ohne einen förmlichen weiteren Beschluss kann ich das mit einem deutlichen „Ja“ beantworten.

Wer aufmerksam unseren Roten Hahn liest wird mit mir übereinstimmen, die Zahl jener, die zur Feder greifen und schreiben, ist größer geworden. Im Schnitt sind es zwischen zehn und zwölf verschiedene Autoren. Das ist eine gute Entwicklung. Die Basisgruppen S06, S02, N3 und N5 gehen bezüglich eigener Wortmeldungen im Roten Hahn voran.

Trotzdem übersehe ich nicht, dass es 2009 noch Basisgruppen gibt, die sich bisher noch nicht in unserm Roten Hahn zu Wort gemeldet haben. Trotz dieser Einschränkung hat unser Aufruf des Kreisvorstandes vom November 2007 „Greift zur Feder, Genossen!“ zu mehr Lebendigkeit unseres Roten Hahn beigetragen.

Er ist mit einem Wort lesewirksamer geworden, wozu alle Mitglieder der Ehrenamtlichen Redaktion beitrugen. Mir bestätigen auch Gespräche mit Sympathisanten, die von mir den Roten Hahn erhalten, sie lesen ihn gern. Unser Miniaturbuch „Wir über uns“ mit 21 verschiedenen Episoden, ist ein Fazit dieses Aufrufes, kein Endpunkt. Natürlich ist und bleibt es ein politisches Buch, geschrieben von Linken aber nicht nur für sie. Ein Sprichwort sagt: „Das beste Buch ist das, welches dem Leser seinen eigenen Reichtum fühlbar macht.“ Mit den 31 Wortmeldungen für unsere Edition und den mehr als 20 im Buch veröffentlichten, entsprechen wir diesem Anspruch.

Persönlich ist es mein Anliegen, weitere Genossinnen und Genossen anzuregen, Bewahrendes aus ihrem Leben aufzuschreiben. Mit den Büchern des leider schon verstorbenen Christian Wünsche mit seinen Titeln „Waren wir Helden?“ und „Tiere in meinem Leben“, er war Talsperrenmiterbauer in Sosa und leidenschaftlicher Jäger sowie Wolfgang Patzig mit „Fabelhaftes“ begann alles. Wolfgang Schmidt mit „Wohl bekomms“ und Erich Senst mit seinem sehr schön gestalteten Miniaturbuch „Für die, die nach uns

kommen“, folgten. Alle Genannten, ich schließe mich darin ein, sahen und sehen sich nicht als Schriftsteller. Wir sind Chronisten und Zeitzeugen.

Selbstredend ist es Sache des im November neu zu wählenden Kreisvorstandes unseren Aufruf „Greift zur Feder, Genossen!“ einen neuen Impuls zu geben. Ich kann mir vorstellen, dass unser Miniaturbuch „Wir über uns“ später ein Geschwisterkind bekommt. Denn Linke sind dafür, dass eine glückliche Familie mehr als nur ein Kind hat. Doch, das ist schon wieder ein anderes Thema ...

Erik Rohrbach

Mehr als ein Programm?

Etwas wahllos greife ich aus dem (Vor)Wort zu dem einzigartigen Minibuch „Wir über uns“ diesen Halbsatz heraus. Das Büchlein in leuchtendem Rot liegt vor mir auf dem Schreibtisch. Die 22 Geschichten, kurz oder auch etwas länger, habe ich gelesen. Manche zweimal.

Ja und nein würde ich zu der Frage sagen. Denn zum einen ist das Geschriebene mehr, aber zum anderen auch weniger als ein Programm. Das Programm unserer Linken baut auf sachliche Inhalte, weist auf ein Ziel und auf Strategie und Taktik, dieses Ziel zu erreichen. Das leisten die Geschichten nicht. Andererseits weisen sie darüber hinaus, sind sie reicher als ein Programm, weil sie das sachliche Gerüst eines Programms mit Leben erfüllen. Die mitge-

teilten Erinnerungen, Erfahrungen und Haltungen charakterisieren das Einende in unserem Handeln und Denken. Und aus diesem Grund ist es ein unentbehrliches Büchlein.

Wir sollten diese Art „Partei-geschichte“ zu schreiben beibehalten. Wie oft hören wir in Gesprächen: „Einen Roman könnte ich über meine Erlebnisse schreiben.“ Meist bleiben es Worte. Romane würden auch zu viel Redundanz enthalten, beschränken wir uns auf die kleinen Geschichten, die unser Leben, unser politisches Leben ausmachen. Mit diesem Appell möchte ich das dankenswerte Engagement des Initiators Erik Rohrbach und seinen Aufruf „Greift zur Feder, Genosse“ unterstützen.

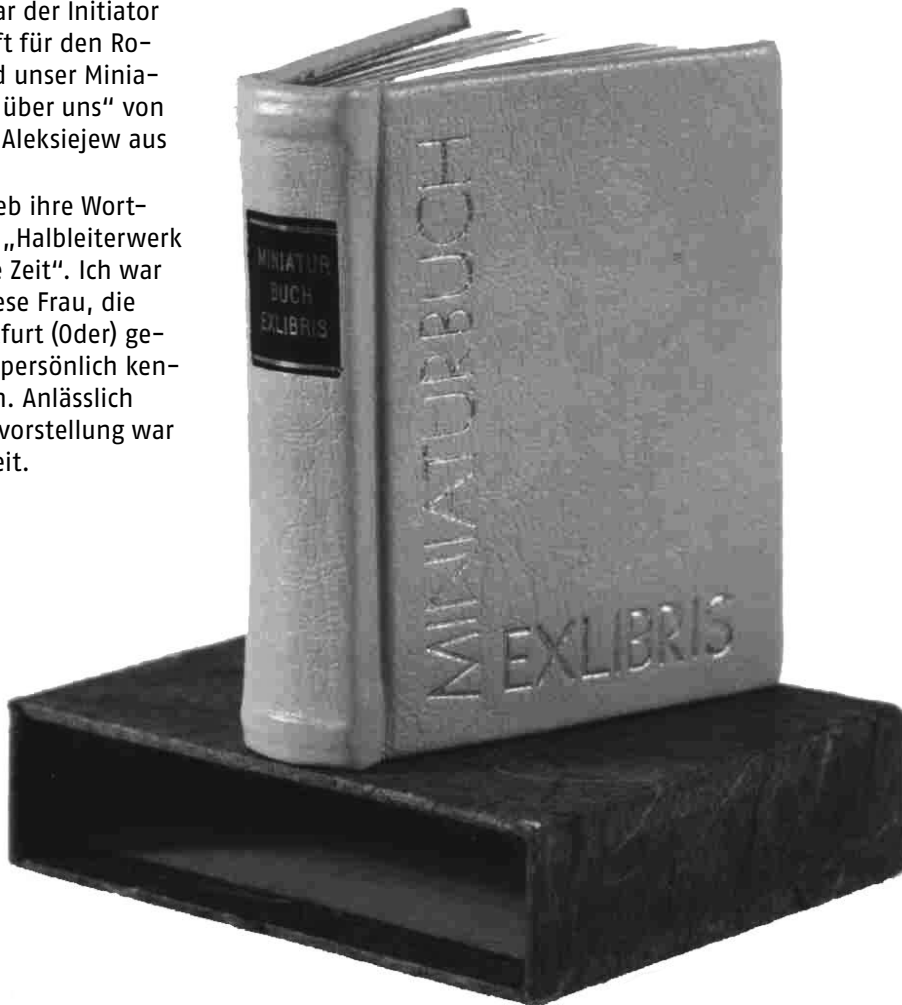
Ella Schleese



Miniaturbuch Nachlese

Dr. Horst Dahlmann war der Initiator einer Zuschrift für den Roten Hahn und unser Miniaturbuch „Wir über uns“ von Frau Elzbieta Aleksiejew aus Slubice.

Sie überschrieb ihre Wortmeldung mit „Halbleiterwerk – meine gute Zeit“. Ich war gespannt, diese Frau, die gern in Frankfurt (Oder) gearbeitet hat, persönlich kennen zu lernen. Anlässlich unserer Buchvorstellung war es dann soweit.



„Sie“ war mir auf Anhieb sehr sympathisch. Mir fiel das Wort ein „Freundschaft ist Liebe mit Verstand“. Auch ein wenig neugierig geworden, wollte ich unbedingt mehr von Elzbieta Aleksiejew erfahren und habe Sie mehrmals in ihrem Geschäft am Basar in Slubice besucht. Was mir besonders gefiel „Wir über uns“ hatte Sie bereits vollständig gelesen und das Buch präsentierte Sie, für jeden Kunden gut sichtbar, voller Stolz an nicht zu übersehender Stelle. Ihr Geschäft betreibt Frau Elzbieta Aleksiejew gemeinsam mit ihrer Tochter. Für diese trifft das geflügelte Wort zu „Der Polinnen Reiz ist unerreichbar“. Schon um „Sie“ zu sehen, lohnt sich der Gang in das Geschäft ...

Bei dampfenden Kaffee sprach ich mit Elzbieta Aleksiejew über aktuelle politische und sie bewegende Existenzfragen. Ihre Offenheit beeindruckte mich. Für Mutter und

Tochter ist es schwer, ihr Geschäft für Molkereiprodukte aufrecht zu erhalten. Viel bleibt am Monatsende nicht übrig. Mit Glanz in ihren Augen spricht Frau Aleksiejew von ihren früheren Kolleginnen aus dem Halbleiterwerk und die noch heute bestehenden freundschaftlichen Kontakte. Sie handelt nach dem Sprichwort „Freundschaft ist ein Band der Vernunft“. Ich möchte gemeinsam mit Dr. Horst Dahlmann und seiner Frau Waltraud zu den Vernünftigen gehören und freue mich auf kommende Gespräche mit Elzbieta Aleksiejew, die weit über das Miniaturbuch „Wir über uns“ hinausgehen. Das Motto unseres Neujahrsempfanges 2009 lautete: „Das Eis aufbrechen“. Durch unsere freundschaftlichen Gespräche ist es auch möglich es erst gar nicht zum Eis kommen zu lassen. Das meint

Erik Rohrbach

Zu Gast an der „Alten Oder“

Auf Einladung der Eheleute Ingeborg und Erich Senst nahmen wir am 6. Oktober 2009 an der Vorstellung eines neuen Miniaturbuches der Reihe „bibliotheca minilibris“ teil.

Wir, das waren ich als ehemaliger Vorsitzender des Freundeskreises Miniaturbuch Berlin, Herr Falk Thielicke, der die Reihe seit 2005 herausgibt, und Herr Horst Ratke, langjähriges Mitglied des Berliner Freundeskreises. Wir trafen auf einen aufgeschlossenen Teilnehmerkreis fortgeschrittenen Alters und eine angenehme

Atmosphäre. Der Autor Erich Senst legte unter dem Titel „Für die, die nach uns kommen“ Stationen seines 83jährigen Lebens vor. Seinem bewegenden Worte der Einführung folgten alle mit großer Aufmerksamkeit. Hier wurde sichtbar und hörbar, dass hier einer von uns über sein Leben berichtet, das in vielen Zügen und Etappen dem unseren gleicht oder sehr ähnlich ist. Wir Berliner fühlten uns nicht nur gut aufgenommen, sondern unter Gleichgesinnten – zu Hause – ein sehr angenehmes Gefühl. Leider ist das nicht so natürlich in einer Zeit, wo Politik und Massenmedien alles tun, unsere Lebensleistungen nicht nur zu negieren, sondern in gehässigster Weise herab zu würdigen. Deshalb begrüßte ich die Teilnehmer, als ich vom Versammlungsleiter aufgefordert wurde, ein paar Worte zu sagen, nicht als Propagandist des Miniaturbuches, sondern mit den allen vertrauten Worten „liebe Genossinnen und Genossen ...“. Mir war klar, hier geht es nicht etwa darum, neue Autoren zu gewinnen – zumal weitere Teilnehmer schon von Ausarbeitungen für ihr eigenes Büchlein sprachen. Es ging mir vor allem darum, uns als Zeitgenossen, als Zeitzeugen bewusst zu machen, dass wir mit unseren Kindern und Enkeln vorbereiten müssen, dass unsere Erfahrungen, die Lehren unseres Lebens aufgeschrieben werden und nicht verloren gehen.

Als Autor habe ich selbst die bittere Erfahrung machen müssen, dass ich zu spät mit der Erarbeitung meiner Familiengeschichte begonnen hatte. Viele Lücken konnten wegen fehlender Zeitzeugen nicht geschlossen werden. Der von Erich Senst gewählte Titel „Für die, die nach uns kommen“ sollte Anregung und Verpflichtung sein. Dafür nochmals Herzlichen Dank, lieber Erich!

Prof. Dr. Heinz Schmidt
Berlin, 9. Oktober 2009



Gedanken und Erinnerungen zu meinem

70.

Vier Wochen nach dem Überfall der faschistischen Wehrmacht auf Polen wurde ich in einem kleinen erzgebirgischen Dorf in eine schlimme Zeit geboren. Wir wohnten zu dieser Zeit in einem Haus meines Onkels etwas abgelegen, der mit seiner Familie nebenan wohnte. Nach kurzer Zeit erhielten viele Männer unseres Dorfes, so auch mein Vater und Onkel den Einberufungsbefehl, nach dem sie verpflichtet wurden, für „Volk und Vaterland“ zu kämpfen.

Die Not war groß. Die Frauen hielten ihre Familien durch etwas Heimarbeit, Handschuhe nähen und klöppeln für den Spitzenherrn, über Wasser. 1942 wurde mein Bruder geboren. Unseren Vater haben wir nie kennen gelernt, der wunderbar zeichnen und Geige spielen konnte.

Vom Fenster unsere Wohnküche aus konnte meine Mutter den Weg einsehen, der zu unserem Wohnhaus führte. Es war März 1944. Meine Mutter fürchtete den Briefträger, der an diesem Tag – der Schnee lag Meter hoch – durch den Schnee stapfte und auf unser Haus zukam. Er überbrachte die Nachricht, dass mein Vater für „Volk und Vater-

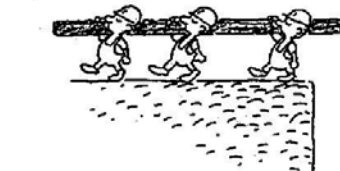
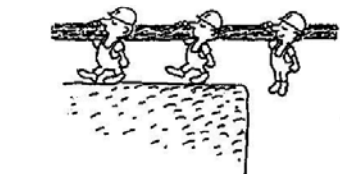
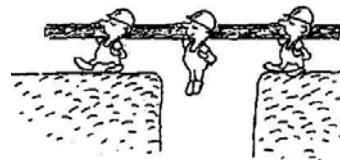
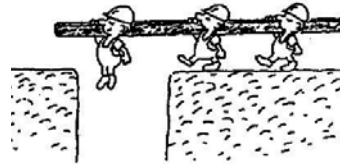
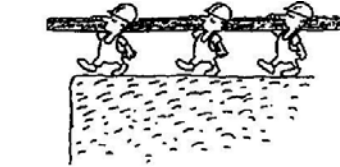
land“ an der Ostfront gefallen ist. Obwohl ich erst 4 Jahre alt war, kann ich mich heute noch an den Aufschrei meiner Mutter erinnern. Die Familie meines Onkels nebenan traf der gleiche Schmerz. Auch seine beiden Kinder wurden zu Halbweisen.

Der Tod an der Front traf einen weiteren Onkel, den Bruder meines Vaters sowie den Cousin meiner Mutter. Wir alle wohnten in einem kleinen Dorf. Vier junge Männer aus unserem Familienkreis kehrten nicht zurück, starben für „Volk und Vaterland“.

70 Jahre nach dem Beginn des 2. Weltkrieges, verursacht durch den deutschen Faschismus, der für Millionen Menschen Tod und Verderben brachte, wünsche ich mir, dass die Menschen weltweit in Frieden leben können und auch in Afghanistan keine deutschen Soldaten mehr sterben.

Christine Müller
80 M 23

Lasst Euch nicht beirren



Als parteilose interessierte Leserin des Roten Hahn möchte ich hier meine Meinung sagen. Mich erfüllt das Geschrei im Fernsehen und manchen Zeitungen zur Zusammenarbeit von Kerstin Kaiser, Axel Henschke und Thomas Nord mit dem MfS mit Abscheu. Dazu haben sie sich mit der Wende ehrlich bekannt. Die Wähler kannten ihre Vergangenheit.

Viele tausend Wählerinnen und Wähler schenkten ihnen mit der direkten Wahl in den Landtag bzw. Bundestag wegen dieser Ehrlichkeit und ihres Eintretens für die Benachteiligten in dieser Gesellschaft ihr Vertrauen. Das ist die Ursache für Wut und Hass gegen diese Persönlichkeiten.

Ich kann nur sagen: Lasst Euch nicht beirren. Eure Wähler setzen auf eure Arbeit für das Gemeinwohl.

Und noch eines: Mögen die Schreier sich doch endlich auch einmal um das Wirken der jetzigen Geheimdienste kümmern. Wie mitunter auch noch zu lesen ist, wäre da gleichfalls viel ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen.

Rita Kowal

„Nur ein ...“

... Versehen. Im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Bild mit Genossen Dr. Horst Dahlmann in der letzten Ausgabe unseres Roten Hahn und der Bildunterschrift hat es Irritationen gegeben. Als Entschuldigung an Erich Rübensam und zur Klarstellung für viele betonen wir: Prof. Dr. sc. Dr. h. c. Rübensam war, ist und bleibt Mitglied unserer Partei und damit selbstverständlich auch 'Genosse'."

Das eigentliche Problem sind die eingefahrenen menschlichen Denkmuster

Otto Normalverbraucher hat begriffen: es gibt eine umfassende Finanzkrise, die eine Wirtschaftskrise im Gefolge hat. Er spürt die Folgen.

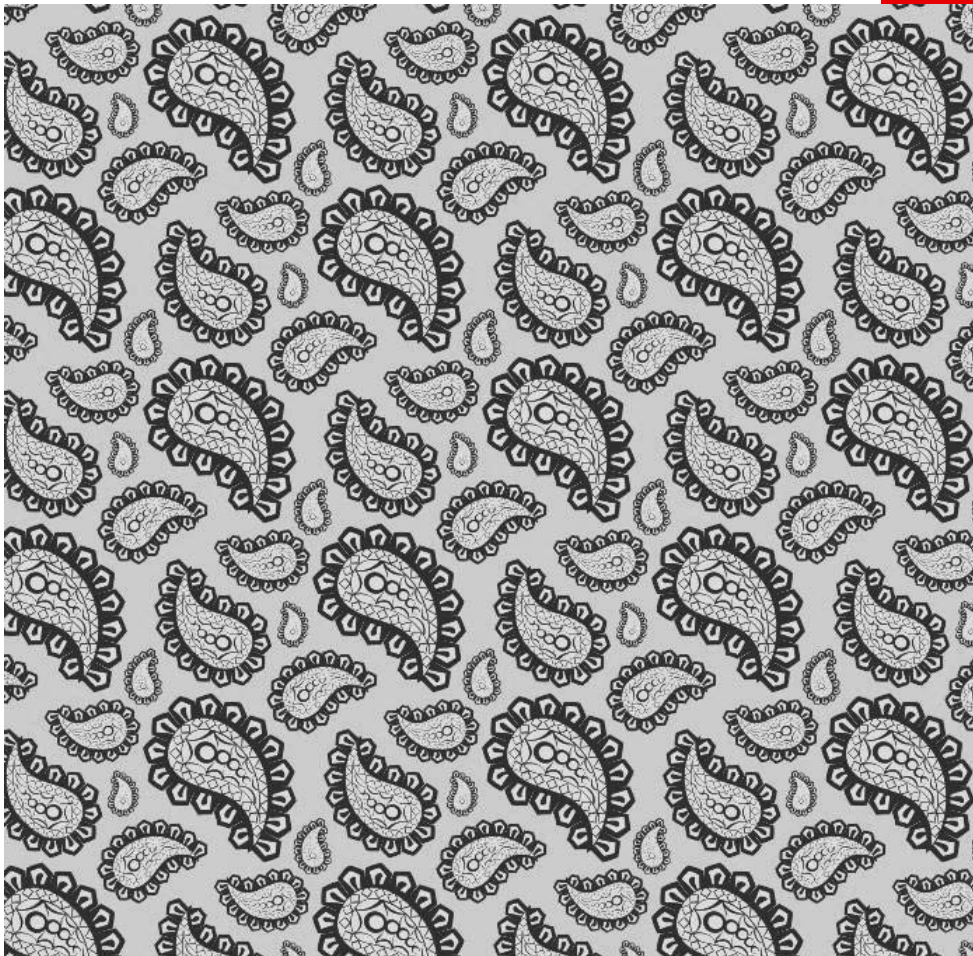
Die Finanzoligarchen und die Regierenden wollen uns einreden, erste Anzeichen der Krisenbewältigung seien bereits spürbar. Schon scheinen die ohnehin halbherzi-

gen Gegensteuerungsmaßnahmen zu verflachen oder auf der Strecke zu bleiben. Bleiben wir aber auf der neoliberalen Linie des „freien Marktes“ und der grenzenlosen Profitwirtschaft und der Konsumgesellschaft, vertieft sich die weltweite ökologische Krise, beschleunigt sich der Klimawandel, nimmt durch den Raubbau an der Natur die existenzielle zivilisatorische Gefahrenlage für die menschliche Gattung zu. Diese zweite Seite der gegenwärtigen Gesellschaft zu akzeptieren und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen, das fällt nicht nur

Otto Normalverbraucher sondern auch uns LINKEN außerordentlich schwer. Wir haben es heute bei diesen globalen Krisenerscheinungen schon vielfach nicht mehr mit langsamen linearen Prozessen in der Entwicklung zu tun. Die Zeit läuft uns weg. Jähe verheerende Kapriolen sind möglich. Schon seit den 70er Jahren machen uns vorausschauende Leute immer wieder auf das wachsende Gefährdungspotential aufmerksam. Die Mächtigen und Reichen, aber auch die breite Masse tun diese Mahner als Panikmacher und Überspitzer ab.

Wie will DIE LINKE darauf reagieren? Wir müssen doch darüber nachdenken, wie wir zunehmenden Klimakapriolen hier in unserem Land und weltweit gegensteuern können; wir müssen doch darüber nachdenken, wie viel Energieeffizienz erreichbar und wie viel Energieeinsparung möglich und notwendig ist; nachdenken müssen wir darüber, um wie viel ressourcenleichter unser Lebensstil insgesamt bis wann gemacht werden muss und kann. Es ist doch schlimm zu wissen, dass wir uns in Deutschland 70 Ton-

nen Stoffströme pro Person und Jahr (ohne Wasser) leisten, wohingegen Japan mit 40 Tonnen auskommt; in den armen afrikanischen Regionen sind es knapp 5 bis 10 Tonnen pro Person und Jahr. Wo bleibt da unsere internationale Solidarität? Wir haben



doch in unseren eigenen Reihen Vordenker auf diesem Gebiet, wie z.B. Rudolf Bahro mit seinem Band „Logik der Rettung“ oder Robert Havemann mit seinem Buch „Morgen“. Was tun wir, um ihr Vordenken weiterzudenken und weiterzuentwickeln? Soll die Lebensfähigkeit der menschlichen Gattung auf diesem Planet Erde erhalten bleiben, muss die Profitdominanz, muss die Konsumgesellschaft um des Profites willen, muss der Fetisch „Wachstumsgesellschaft“ überwunden werden. Es ist egal, ob wir als LINKE in der Opposition sind oder in Regierungsverantwortung. Wir müssen eingefahrene Denkmuster überwinden; wir müssen Alternativen denken und unter unsere Mitmenschen bringen und diese möglichst mit ihnen umsetzen.

Günther Wullekopf

Gedanken zu einem Spendenaufruf

In einer Abendsendung des ZDF rief Bundespräsident Horst Köhler zu Spenden für die

Welthungerhilfe auf. Seine Worte in Ehren. Allerdings sind sie wohl seinem Amt als Staatsoberhaupt geschuldet. Den vorausgehend war er mehrere Jahre Präsident des Internationalen Währungsfonds und ebnete mit dessen Kreditkonditionen dem globalen Finanzkapital den Weg für die rigorose Ausbeutung der Entwicklungsländer.

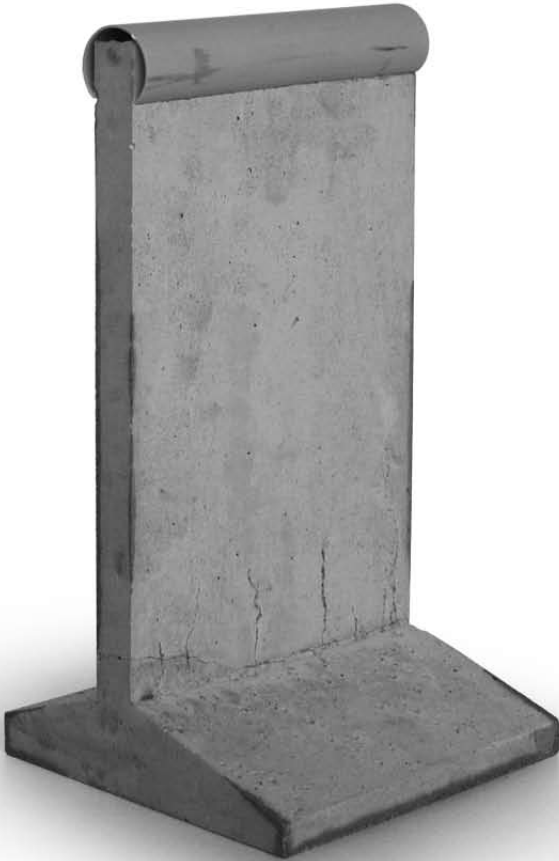
Hier liegen die wesentlichen Ursachen dafür, dass mehr als eine Milliarde Menschen hungert und jeden Tag etwa 20.000 Kinder

den Hungertod sterben. Es wäre auch interessant zu erfahren, welche Geldsummen von inzwischen etwa 800.000 deutschen Vermögensmillionären und den über 30 Milliarden auf das Konto der Welthungerhilfe ankommen.

Oder könnte es sein, dass ihre Daten einem höheren Datenschutz unterliegen als die von Hartz-IV-Beziehern?

Theodor Plontasch
BO N05

Ein Nachtrag zu den



Aus Anlass des Tages der deutschen Einheit, der Demonstrationen im Herbst 1989 und des 20. Jahrestages der Grenzüffnung wurden die Zuschauer, Hörer und Leser über Wochen – unbeschadet wahrheitsgetreuer Veröffentlichungen – in den Medien vor allem mit einer Flut von Verdrehungen, nicht bewiesener Behauptungen und Verleumdungen bis hin zu Lügen über die DDR und das Geschehen im Jahre 1989 überschüttet.

So erfuhren wir nun endlich u.a., dass in der DDR die Eltern verpflichtet waren, ihre Kinder in eine Kindertagesstätte zu bringen, es für jede Familie eine Pflicht war, einer Hausgemeinschaft beizutreten, und dass man in ein Ferienheim des FDGB nur mit der ganzen Arbeitsbrigade fahren konnte. Bezeichnend für das von der herrschenden Politik gewollte gesellschaftliche Klima war, dass leider sogar der Bundespräsident in seiner Rede auf dem Festakt in Leipzig der Lüge von den bereitgestellten Leichensäcken für die Toten der angeblich gegen die Montagsdemonstrationen geplant gewesenen militärischen Gewalt aufsaß. Auffallend war, dass der Medienrummel sich überwiegend auf die Darstellung der von den Demonstranten gewonnenen Freiheiten konzentrierte. Die dann folgende gesellschaftliche Entwicklung bis in die Gegenwart wurde weitestgehend ausgeblendet.

In den Ansprachen der Politiker war inhaltlich wenig Sagendes von „Schritten mit historischer Bedeutung“, von „Meilensteinen“, „Neuordnung“ und „Sternenstunden“ die Rede. Halten wir es mit folgenden Worten, die der Bundespräsident ebenfalls in Leipzig sprach: „Wir Deutschen in Ost und West und Nord und Süd sollten endlich aufhören, übereinander zu nörgeln und stattdessen vielmehr zusammenkommen und miteinander reden.“

Ja, da sollten wir doch miteinander darüber reden, woran es liegt, dass neunzehn Jahre nach der Einheit in den neuen Bundesländern Massenarbeitslosigkeit herrscht, die doppelt so hoch wie im Westen ist, obwohl ca. zwei Millionen vor allem junge Menschen nach 1990 abgewandert sind und ganze Regionen vergraisen.

Zu reden ist miteinander darüber, dass die Durchschnittslöhne immer noch bei nur 80 % der westdeutschen liegen, ca. 40 % der Beschäftigten für Niedriglöhne arbeiten, Kinderarmut um sich greift und eine Angleichung der Renten unablässig ist. Statt in Politik und Medien unaufhörlich die DDR als ein abschreckendes Unglück in der deutschen Geschichte auf gleicher Höhe mit der Naziherrschaft zu verunglimpfen, wäre es doch im Sinne der erwähnten Worte unseres Staatsoberhauptes endlich notwendig, miteinander darüber zu sprechen, warum es in den ostdeutschen Bundesländern noch immer – wie beklagt wird – keine sich selbst tragende Wirtschaft gibt.

Obwohl das Niveau der Arbeitsproduktivität beträchtlich unter dem in der BRD lag, kannten die Bürger der DDR keine sozialen Ängste. Es gab weder Arbeitslosigkeit noch Obdachlose. Fast kostenlose Bildung von der Kindertagesstätte bis zum Hochschulabschluss sowie Wissenschafts- und Forschungsleistungen auf international anerkanntem ho-

Jubiläumssfeiern



hem Niveau wurden staatlich finanziert. Ein Sozialbeitrag von 20 % des Lohnes, wovon die Hälfte die Arbeitgebenden Betriebe trugen, gewährleistete für alle Bürger ohne Unterschiede eine kostenlose gesundheitliche Betreuung mit betonter Vorsorge für Kinder. Die heranwachsende Generation und junge Familien erfreuten sich einer großzügigen gesellschaftlichen Förderung. Die Behauptung, dass dieses zum Staatsbankrott der DDR führte, ist unzutreffend. Die Auslandsschulden der DDR betragen 1990 umgerechnet etwa 12 Mrd. Euro. Das ist etwa gleichzusetzen mit den derzeitigen Schulden von Berlin oder des Saarlandes. Die DDR war nicht zahlungsunfähig. Die Pro-Kopf-Verschuldung (In- und Ausland) betrug 1990 etwa 5.300 DM in der DDR und 15.000 DM in der BRD. Es ist in unserer schnelllebigen Zeit der Erinnerung wert.

Der von den Demonstranten im Herbst 1989 gewollten politischen Wende zu mehr Demokratie in der DDR folgte ab Frühjahr 1990 mit der Entrechtung der DDR der von ihnen ganz gewiss nicht gewollte soziale Kahlschlag.

Die von westdeutschen Bank- und Wirtschaftsmanagern dominierte Treuhand (diese Bezeichnung ist ein Hohn auf ihre Tätigkeit) verwandelte innerhalb von vier Jahren ein entwickeltes Industrieland in ein wirtschaftliches Notstandsgebiet, das zwanzig Jahre danach noch als Entwicklungsgebiet innerhalb der EU gilt. Unabhängig von ihrem wissenschaftlich-technischen Niveau wurden 3.495 Betriebe liquidiert und 2,6 Mio. Arbeitsplätze beseitigt. Ein Wirtschaftsvermögen von 600 Mrd. DM (nach westdeutschen Angaben) verwandelte die Treuhand in einen Schuldenberg von 256 Mrd. DM. Etwa 85 % des Wirtschaftspotentials vereinnahmten auf dem Wege der Privatisierung westdeut-

sche und 10 % ausländische Eigentümer, mitunter zu symbolischen Preisen. Dazu kassierten sie oft noch Millionenbeträge sogenannter Sanierungshilfen.

Allein auf dem Lande misslang die politisch forcierte Auflösung der LPG trotz ruinierender Altschuldengesetze, Kreditverweigerung durch die Banken und Ignorierung ihrer Erzeugnisse durch die Nahrungsgüterkonzerne. Die Bauern widersetzten sich und passten die Mehrzahl der Genossenschaften dem bürgerlichen Recht an.

In der Gesamtheit waren die Währungsunion und die Privatisierung der Wirtschaft der DDR ein bisher nicht gekannter Beutezug des westdeutschen Kapitals, einschließlich seiner Manager in der Treuhand, die sich mit Millionen vergüteten. Die Treuhand unterstand dem Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU). Die Fach- und Rechtsaufsicht über die Treuhand übte Staatssekretär Horst Köhler (derzeit Bundespräsident) aus. Er hat wohl Gründe, dass bei den Revolutions- und Einheitsfeiern der Aufschwung Ost nicht so in den Mittelpunkt gerückt und das Wirken der Treuhand nicht gewürdigt wurden. Die Meinung des Pfarrers der Nikolaikirche in Leipzig Christian Führer, dass die friedliche Revolution fortgeführt und nun die Wirtschaft grundlegend umgekrempelt werden müsste, war den Medien außer dem ND nicht der Erwähnung wert.

Ja, es wäre, um der ermutigenden Aufforderung unseres Staatsoberhauptes zu folgen, noch Vieles über die Geschichte beider deutschen Staaten, über die Einheit und die folgenden Jahre miteinander ins sachliche Gespräch zu bringen und aufzuarbeiten.

Horst Dahlmann

Willkommen und Abschied

Grüße – von sozialistisch bis freundlich

Man stelle sich vor, das lyrische „Ich“ in Goethes Liebesgedicht (1776) hätte nach anstrengendem Ritt seine Angebetete mit „Helou“ begrüßt und sich nach vollzogenem Zärtlichkeitsaustausch von der nass Blickenden mit „Tschühühü“ verabschiedet. Gehörte dann das Werk noch zur Weltliteratur? Ja, selbstverständlich, unter den Voraussetzungen, dass der Sturm-und-Drang-Goethe jetzt lebt und anstatt „geschwind zu Pferde“ in einem Audi A4 stürzt. Die Straße von Straßburg nach Sesenheim (heute frz. Sessenheim) soll inzwischen gut ausgebaut sein, aber die Verse mit der gefährlichen Finsternis und dem Nebelkleide dürften Goethe nicht weglassen.

Jede Zeit hat ihre Sitten und Gebräuche, also auch die Begrüßungs- und Abschiedsformeln. Und diese unterscheiden sich innerhalb ihrer eigenen Jahrzehnte auch noch nach Landschaften, Familiengewohnheiten, Konfessionen, Generationen, Moden usw., vor allem aber bestimmt die Macht- und Klassen-

gebundenheit ihrer Anwender, wer wie oder wer überhaupt begrüßt oder verabschiedet wird, mündlich oder schriftlich. Das muss ernst genommen werden. Fettnäpfe warten an jeder Ecke, um betreten zu werden, wie die Zeichnung von Wilhelm Busch zeigt. Die Worte des Reisenden: Seid mir gegrüßt, ihr edlen Frauen, so wunderlich anzuschauen!“ lösen bei den angetroffenen Damen in der „Stadt der Welfen“ alles andere als Beifall aus. Und doch gibt es Situationen, in denen ein ungezwungener Umgang mit diesem Gegenstand Spaß machen kann. Es begab sich vor paar Monaten. Die Redaktionsgruppe des „Roten Hahnes“ brütete über die nächste Ausgabe aus. Da betrat unser bekannter kritischer Freund Christian den Raum und rief: Grüß Gott!“ Nach 3 Sekunden – „es war gethan fast eh' gedacht“ (Goethe, s.o.) – kam eine Grußerwidmung aus der Gruppe: Rot Front!“ (Wer war das?). Heiterkeit, Grinsen aller Anwesenden, Übergang zur Tagesordnung. Wie erklärt sich denn diese Heiterkeit, die in der kurzen Szene steckte? Ganz einfach: Man kennt sich seit vielen Jahren und weiß darum, mit Episoden jener Art freundlich, wenn auch nicht ganz ohne Ironie, zurechtzukommen. Dem Eintretenden war doch klar, dass sich die schon Versammelten üblicherweise Gott nicht so sehr zugewandt sind, und die sich aus Verlegenheit eines Grußes aus ferner, tragisch-dramatischer Klassenkampfgeschichte bedienten, von der auch der Gast weiß, dass sie rote Front nicht so standfest wie erhofft blieb und auch die Rote Front verblasste, bis der Hitlerfaschismus die Macht an sich riss.

Und freundlich gehen ja wohl auch alle Beitragzahlenden Genossinnen und Genossen der LINKEN miteinander um. Das zeigen die vielen Briefe mit Mitteilungen, Aufrufen oder Einladungen, die die Mitglieder in diesem Jahr von den Parteivorständen erhielten. Fast alle enden „Mit freundlichen Grüßen“. Manche auch mit der Kurzform, den Anfangsbuchstaben dieser drei Wörter, die der Computer, auf dem dieser Text geschrieben wird, sich weigert, wiederzugeben. Sehr anständig von dem Gerät.

Immerhin, mit diesem freundlichen Schriftverkehr sind wir offensichtlich ein Herz und eine Seele und fühlen uns zu gesteigerter Tatkraft ermutigt. Es gibt noch ein paar Ausnahmen. Wenn der Brief abschließt „Mir solidarischen Grüßen“, ist auch das ein Grund zur Freude. Doch Vorsicht ist geboten. Einige Anwender dieser Abschlussworte (innerhalb der deutschen Linken) lieben ihre Empfänger durchaus nicht. Häufig gehört dieser Schriftverkehr in die segensreichen Polemiken verschiedener Flügel und Strömungen. Aber vor einigen Tagen passierte – welch Wunder bei den Linken – etwas ganz Unerwartetes, besser: längst Vergessenes! Ein Aufruf der Linksjugend „Solid“ endet „Mit sozialistischen Grüßen!“

In angesichts dieser merkwürdigen Entdeckung die Frage erlaubt, ob Vorstände in ihren Briefen an die Parteimitglieder nicht freundlicher-weise auch wieder sozialistisch grüßen dürfen? Oder müssten sie sich, wenn sie dieses in der letzten Zeit seltener gewordene Wort in ihren Schreiben unterbringen, etwa dafür auch noch entschuldigen? Mit vorzüglicher Hochachtung

Eberhard Plehn

Eberhard Plehn



IN EIGENER SACHE

Mit dem Blick auf den Jahreswechsel und das Jahr der Oberbürgermeisterwahl 2010 in Frankfurt (Oder) wollen und werden wir in der Dezemberausgabe unseres Roten Hahn wieder einen Jahresrückblick gestalten. Dazu ermuntert uns das positive Echo auf unseren Jahresrückblick 2008.

Trotz aller Zustimmung zum Roten Hahn insgesamt, worüber wir uns natürlich freuen, ist nichts so gut, um es nicht noch besser zu gestalten. Dazu braucht die Ehrenamtliche Redaktion Eure Mithilfe. Deshalb bitten wir um Eure Wortmeldungen:

1. Was hat Euch am Roten Hahn 2009 gefallen und was noch nicht?
2. Welche Anregungen und Vorschläge habt Ihr für unsere Ehrenamtliche Redaktion, was wir 2010 besser machen können?
3. Was willst Du selbst tun, die Ausstrahlungskraft und Lesewirksamkeit unseres Roten Hahn weiter zu erhöhen?

Im Dezember 2009 werden wir Eure ersten Anregungen im Roten Hahn veröffentlichen.

Auf Zuschriften freut sich
**Eure Ehrenamtliche
Redaktion**

Impressum

Herausgeber

Kreisvorstand der Partei
DIE LINKE.,
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon (0335) 4002047
mail: geschaeftsstelle@
dielinke-ffo.de

ehrenamtliche Redaktion

Sandra Seifert, Eberhard Plehn,
Horst Dahlmann, Erik Rohrbach,
Rolf Jenichen, Ella Schleese,
Gudrun Lindner, Thomas Feske

Druck Eigendruck

Auflage 700

Redaktionsschluss: 02.11.2009

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten.